

Weltgesellschaft – Dialog– und Transformationsprojekt des 21. Jahrhunderts

1. Demokratische Weltgesellschaft – das uneingelöste Versprechen der Moderne

Der Begriff „Weltgesellschaft“ ist der Versuch, das Ganze der Weltzusammenhänge zusammenzufassen und –zudenken.

Weltgesellschaft ist eine Idee des europäischen 18. Jahrhunderts. Sie reflektiert die Herausbildung eines europäischen Staatensystems in der frühen Neuzeit. Dieses Staatensystem ist erstmals seit der städtischen Welt der griechischen Antike ein System sich wechselseitig anerkennender Staaten, die miteinander geregelte Beziehungen unterhalten, ungeachtet fortdauernder kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen ihnen (Stichweh 2000: 7). Der moderne Begriff „Weltgesellschaft“ entsteht jedoch erst später, als an die Stelle „Europa“ der Weltbegriff und an die Stelle der Idee einer „Republik“ der Begriff „Gesellschaft“ trat (ebenda: 9). Kant prägte allerdings schon im ausgehenden 18. Jahrhundert den Begriff der „Weltbürgergesellschaft“ (Kant 1784: 55/56).

Doch blieb der Begriff „Weltgesellschaft“ umstritten und wurde nie zum Leitbegriff theoretischen Denkens und praktischen Handelns.

Innerhalb der Soziologie kam der Begriff „Weltgesellschaft“ an drei Orten – wohl eher unabhängig voneinander – auf den Weg: in Stanford mit dem World-Society-Konzept der Gruppe um John W. Meyer, in Zürich bei Peter Heintz und bei Niklas Luhmann in Bielefeld. Ihnen ging es darum, den soziologischen Gesellschaftsbegriff ins Weltweite zu übertragen und von der heutigen, modernen Gesellschaft als Weltgesellschaft auszugehen. Die politische Botschaft von der „Einen Welt“ wird soziologisch gefasst als „Eine Gesellschaft“. Sie wird in diesem soziologischen Kontext jedoch als gegeben angenommen und stellt keinen Erwartungsbegriff dar (vgl. Zeitschrift für Soziologie, Sonderheft „Weltgesellschaft“ 2005: 6/7).

Genau hier setzt – und m. E. zu Recht – die Kritik ein. Den globalen Verhältnissen könne man den Titel „Weltgesellschaft“ noch nicht zuerkennen, da die Ungleichzeitigkeiten und Tempodifferenzen zwischen System- und Sozialintegration in der Weltgesellschaft nicht zu übersehen seien (Münch, ebenda: 7). Den Weltsozialverhältnissen mangle es gerade an „Gesellschaftlichkeit“ (Altvater/Mahnkopf, ebenda: 7).

Verwiesen wird auf die krassen Unterschiede im Entwicklungsstand der einzelnen Regionen, auf die Entwicklung der Welt in Zentren und Peripherien. Fundamental ist die Kritik Immanuel Wallersteins, der alternativ zur Theorie der Weltgesellschaft die Weltsystemtheorie begründete. Konsequenz ist sein Wechsel von der nationalen zur globalen Ebene. Analytischer Ausgangspunkt ist die Ökonomie im globalen Zusammenhang. Er geht davon aus, dass die gegenwärtige Welt als globale kapitalistische Weltökonomie verstanden werden müsse. Die Außenwelt wird bei Wallerstein zur Innenwelt. Und die globale kapitalistische Ökonomie führe nicht – wie die System- und Modernisierungstheoretiker annehmen – zur Angleichung, sondern zur Verstärkung der strukturellen Differenzierung in zentrale, semiperiphere und periphere Weltregionen (Wallerstein 1979). Das System sei letztlich nicht in der Lage, seine inneren Konflikte zu eliminieren. Das 21. Jahrhundert werde – so Wallerstein – deshalb endgültig von der Ablösung des kapitalistischen Weltsystems geprägt sein (Wallerstein 2002). Für unsere Überlegungen zur Weltgesellschaft ist anzumerken, dass Wallersteins Modell die Welt im Prinzip auf eine (ökonomische) Dimension reduziert, statt sie als komplexes, mehrdimensionales ökonomisches, politisches, soziales und kulturelles Gefüge zu verstehen. Wenn wir uns hier – dem Anliegen des Bandes folgend – am Begriff „Weltgesellschaft“ orientieren, dann freilich mit einer doppelten Perspektive. Zum einen „Weltgesellschaft“ als Begriff zur Bezeichnung einer globalen *empirischen Realität*, der die immer enger werdenden Weltzusammenhänge reflektiert und zugleich ihre Differenzen und Konflikte mitdenkt und klar benennt. Zum anderen „Weltgesellschaft“ als Begriff im Sinne eines *Leitbildes*, einer Vision, eines Projektes; kurzum als eine *normative Beschreibung* für etwas, das zu realisieren noch ansteht und dessen Resultat nicht feststeht.

Ausgangspunkt meiner Überlegung bildet dabei die Erkenntnis: Das „zivilisatorische Projekt der Moderne“ (D. S. Lutz), den Krieg als Institution abzuschaffen, die Gewalt als gesellschaftliche und zwischenstaatliche Verkehrsform zu eliminieren, globale Probleme gemeinsam anzugehen und schrittweise eine soziale und demokratische Weltgesellschaft zu gestalten, ist auch nach 200 Jahren nicht Wirklichkeit geworden. Wenngleich wir inzwischen wissen, dass es nie den idealen (End-)Zustand einer harmonischen Weltgesellschaft geben kann, und dass zivilisatorische Projekt der Moderne immer nur als Prozess der Annäherung an ein Ideal verstanden werden kann, ist die heutige Realität mit ihren komplexen Spannungen, Konflikten, Spaltungen, militärischen, ökologischen und sozialen Gefährdungen ernüchternd. Das Bemerkenswerteste: Dieses zivilisatorische Projekt der Moderne geriet in dem Moment in die Defensive oder gar in Vergessenheit, als sich das Fenster zu seiner schrittweisen Verwirklichung weit öffnete. Mit dem Ende des kalten Krieges, dem Zusammenbruch der

alten, bipolaren Weltordnung, der Eliminierung der gefährlichsten Seiten des Ost-West-Konflikts im Übergang zu den 90er Jahren boten sich für die allmähliche Schaffung einer friedvollen und demokratischen Weltgesellschaft neue Chancen. Zu diesen sich jetzt bietenden Chancen hatte die Sozialdemokratie mit ihrer Entspannungs- und Dialogpolitik viel beigetragen. Das galt nicht allein für die praktische Seite dieser Politik, sondern auch für das ihr zugrunde liegende Konzept. Besonders trifft dies für das Konzept „Wandel durch Dialog“ zu, das kritisches Anregungspotenzial auch für die Gestaltung einer demokratischen Weltgesellschaft im 21. Jahrhundert enthält.

2. Wandel durch Dialog – zeitgeschichtliche Erfahrungen

Auch damals – zu Beginn der 80er Jahre – vertieften sich die weltweiten Konflikte zusehends. Die Ost-West-Entspannung geriet seit Ende der 70er Jahre in die Krise. Das wechselseitige Misstrauen zwischen den beiden Supermächten wuchs und forcierte das Wettrüsten in immer neuen Dimensionen. Die Sicherheitslage destabilisierte sich.

Zugleich vertiefte sich der Nord-Süd-Konflikt. Massenarmut, Hunger und Elend in der so genannten dritten Welt wurden immer offensichtlicher. Und nicht zuletzt rückte der Umweltkonflikt, die Gefahr einer sukzessiven Umweltzerstörung deutlicher ins Bewusstsein der Öffentlichkeit.

In Ost und West verbreitete sich in dieser Situation nicht nur gesellschaftliche Resignation, sondern es entwickelte sich zugleich ein Prozess des Suchens nach neuen Antworten auf diese neuen Konflikte. Willy Brandt hatte schon frühzeitig auf den sich verschärfenden Nord-Süd-Konflikt verwiesen und eine globale Friedens- und Entwicklungspolitik konzipiert (Brandt-Bericht 1980). Es stellte sich die Frage: Gibt es zwischen den Akteuren dieser Konfliktstrukturen interessen- oder sogar wertebedingte Anknüpfungspunkte, um gemeinsame Antworten, gemeinsame Wege zur Lösung dieser Konflikte zu finden? In der SPD vollzog sich damals – nach dem Verlust der Regierungsmacht 1982 – eine programmatische Neuausrichtung. In der Frage Krieg-Frieden lautete die neue Antwort: Frieden ist nicht mehr länger gegeneinander zu errüsten, sondern nur noch miteinander zu vereinbaren. Als Alternative zur Abschreckungspolitik wurde das Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“ erarbeitet, zuerst in der Palme-Kommission unter maßgeblicher Beteiligung von Egon Bahr. Bahr formulierte als erster die damals weit reichende These, dass der bisherige Gegner unter diesen Bedingungen zum Partner der gemeinsamen Friedenssicherung werde. Entwickelt wurde ein neues Konzept der „Sicherheitspartnerschaft“.

Aber auch im Osten vollzog sich ein allmähliches Abrücken vom alten militärstrategischen Überlegenheitsdenken. „Rüstungskontrolle“, „Verantwortungsgemeinschaft“ zwischen Ost und West, „Koalition der Vernunft“ waren die neuen Begriffe, die das signalisierten. Neues Denken entwickelte sich zu jener Zeit gerade unter den Intellektuellen in Ost und West, darunter auch in der DDR. So wurden Menschheitsinteressen nun vor Klasseninteressen gesetzt und die Friedensfrage vor die soziale Frage. Die Rede war von unterschiedlichen Varianten des Kapitalismus, darunter eines „friedensfähigen Kapitalismus“.

Der Anfang der 80er Jahre einsetzende Dialog zwischen SPD und SED kam zwar überraschend, aber nicht voraussetzungslos (vgl. Reißig 2000: 17 ff). Es waren die spezifischen Konflikte und neuen Herausforderungen, die zu neuem Denken führten und zum Dialog anregten. Das galt für Intellektuelle, für die evangelischen Kirchen, für Bürgerrechtsgruppen und auch für Politiker in Ost und West. Der SPD-SED-Dialog war Teil dieses Weges zur Auflockerung der verhärteten Fronten und zur Normalisierung der internationalen und deutsch-deutschen Beziehungen. Er fügte ihm Neues, Eigenwilliges und Umstrittenes hinzu. Das galt insbesondere für die zwischen 1983 und 1989 stattfindenden Gesprächsrunden zwischen der Grundwertekommission der SPD und DDR-Intellektuellen. Hier wurde erstmals die bisherige Geschäftsgrundlage der Ost- und Deutschlandpolitik der kleinen Schritte überquert und Neuland beschritten, ohne den Ausgang des Unterfangens zu kennen. Im Mittelpunkt standen nicht mehr zuerst praktische Fragen zur Linderung der Folgen der Ost-West-Spaltung und der deutschen Teilung, sondern die Thematisierung der Ursachen dieser Spaltung, nicht die (notwendigen) kleinen Schritte, sondern Grundfragen der vom Systemgegensatz geprägten Epoche, die universellen Werte Frieden, Fortschritt, Demokratie und Menschenrechte. Damit rückten die Gesellschaften und ihre jeweilige Verfasstheit erstmals ins Zentrum eines Dialogs. Und statt allein am Status quo orientiert ging es nun um Friedensfähigkeit durch Reformfähigkeit, durch Wandel, durch Ko-Evolution. Die entgegen gesetzten Ideologien wurden nicht mehr, wie bisher üblich, ausgespart. Da sie in Ost und West wechselseitig als Bedrohung wahrgenommen wurden, lautete die zuerst von Erhard Eppler aufgeworfene neue Frage: Wie sind friedensfähige Ideologien in Ost und West möglich, ohne dass beide Seiten ihre Identität preisgeben müssen.

Was damit begann, war ein Perspektivenwechsel, der den bisherigen Ost-West-Erfahrungshorizont überschritt. Es waren Fragen, die ganz sicher nicht Regierungs- oder offizielle Parteivertreter diskutieren und verhandeln konnten. Hier waren eher (Partei-)Intellektuelle und wissenschaftliche Institutionen herausgefordert, um letztlich auf neue Art Einfluss auch auf die Politik zu gewinnen. Am deutlichsten gelang das mit dem gemeinsamen

Dialog-Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ (1987), das sich in klassischer Form als ein Manifest an die Öffentlichkeit wandte.

Dieses gemeinsame Papier, von SPD- und SED/DDR-Intellektuellen erarbeitet, und von beiden Parteien dann bestätigt, beinhaltete drei zentrale Botschaften:

1. Frieden kann es global und auf Dauer nur geben, wenn er als gemeinsame und gleiche Sicherheit für alle organisiert wird.

Dabei muss jede Seite der anderen das gleiche Maß an Sicherheit zubilligen, das es für sich selbst beansprucht.

Das war ein Bruch mit dem Freund-Feind-Denken, wie es beide Seiten bislang praktizierten. Deshalb wurde gefordert, die Gegensätze und Konflikte, nicht zuletzt die ideologischen, zu entmilitarisieren.

2. Die globale Auseinandersetzung zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftsmodellen sollte ausschließlich in Form eines friedlichen Wettstreits stattfinden, der zugleich Zusammenarbeit und Kooperation einschließen musste. Idealtypisch wurde ein politischer Kodex für den Wettstreit der gesellschaftlichen Modelle formuliert. Das Ziel sollte nicht mehr wie bislang, militärische Überlegenheit, globale Hegemonie und Destabilisierung der anderen Seite sein. Vielmehr sollte es zum einen darum gehen, welcher wirkungsvolle Beitrag geleistet wird zur Abrüstung, zur Überwindung der Umweltgefahren und zur stabileren Entwicklung der Länder des Südens. Und zum anderen: Wie befördern die unterschiedlichen Gesellschaften die Lebenschancen und Partizipationsmöglichkeiten der Menschen, wie werden Demokratie und Menschenrechte verwirklicht?

3. Öffnung und Entfeindung der globalen Konfliktstrukturen verlangen eine neue politische Streitkultur zwischen den verschiedenen und entgegen gesetzten gesellschaftspolitischen Ordnungen wie innerhalb dieser selbst.

Eine solche neue Streit- bzw. Dialogkultur zu konzipieren, hatte zur Voraussetzung, sich wechselseitig die Friedens- und Reformfähigkeit zu attestieren.

Auf dieser Grundlage wurden allgemeine Regeln für eine neue Dialog- und Streitkultur formuliert:

Dialog zwischen den gesellschaftlichen Systemen verlangt Dialog in den Systemen, Öffnung nach Außen Offenheit und Überwindung von Abgrenzung im Inneren. Notwendig sei der Abbau der Feindbilder, die offene Diskussion über den Wettstreit der Gesellschaftsmodelle, über ihre Erfolge und Misserfolge, Vorzüge und Nachteile. Das bedinge eine umfassende Informiertheit der Bürger, ihre Beteiligung am Dialog, die Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten.

Natürlich war das eine Absichtserklärung, aber auch eine klare Aufforderung zum gesellschaftlichen Wandel, denn ohne diesen bliebe es ein Wunschkatalog.

Die vorgeschlagene politische Dialog- bzw. Streitkultur wurde nicht als deutsch-deutsche Besonderheit verstanden. Kritische Beobachter erkannten damals zu recht in ihr eine neu zu schaffende „demokratische gesamteuropäische Begegnungskultur“. So verstanden, trage diese neue Streit- und Dialogkultur „einen universalistischen Geltungsanspruch“ (Schnappertz 1988: 48).

Der etatistische Dialogbegriff, bislang vorwiegend auf den Staat und die etablierten Parteien bezogen, musste deshalb erweitert und demokratisiert werden. Das hieß Dialog verstanden als öffentlicher, gesellschaftlicher Diskurs, an dem die verschiedenen Akteure, vor allem auch die zivilgesellschaftlichen, teilhaben sollten. Denn nur so konnte ein beginnender Dialog zwischen Ost und West und in Ost und West beitragen, Konfrontation und Feindbilder abzubauen sowie Lern- und Wandlungsprozesse in den Gesellschaften auszulösen.

Dies alles widersprach der gängigen politischen Kultur, d. h. dem Freund-Feind-Denk- und Verhaltensmustern in Ost und West und signalisierte gesellschaftlichen Veränderungsbedarf.

Kein Wunder, dass dieser Anspruch und dieses Experiment bald auf heftigen Widerspruch stießen. Die inhaltlichen Reizworte der Kritik waren hier wie da

- Anerkennung der Existenzberechtigung der anderen Seite,
- wechselseitige Bejahung der Friedens- und Reformfähigkeit,
- Abbau der Feindbilder,
- Eintreten für eine neue, verständigungsorientierte politische Kultur des Streits und Dialogs,
- Notwendigkeit gesellschaftlichen Wandels in Ost und West und einer Ko-Evolution zwischen Ost und West.

Die kontroversen Debatten in Ost und West und insbesondere die heftigen geistigen und politisch-administrativen Auseinandersetzungen in der DDR können und brauchen an dieser Stelle nicht nachgezeichnet werden (vgl. dazu Reißig 2002:107-264).

Was in diesem unseren Kontext interessiert, ist zweierlei. Zum einen: Was hat diese Dialogpolitik der 80er Jahre tatsächlich bewirkt? Zum anderen: Welche Erfahrungswerte vermittelt dieses Projekt des intersystemaren Dialogs für die Gestaltung einer Weltgesellschaft heute?

Wenn wir die Absichten dieses Dialogs in den 80er Jahren mit seinen Folgen vergleichen, so lässt sich zusammengefasst festhalten:

1. Diese Dialogpolitik sollte die zunehmende Ost-West-Konfrontation eindämmen und eine neue, zweite Entspannungsphase einleiten, in die nun stärker auch die Gesellschaften in Ost und West einzubeziehen sind.

Tatsächlich hat sie dazu beigetragen, den Ost-West-Konflikt zu zivilisieren, geistig zu entmilitarisieren. In sofern war diese Dialogpolitik vom Ansatz her die vielleicht offensivste Entspannungspolitik, die es bis dahin gab.

2. Dieser Dialog sollte eine neue, verständigungsorientierte politische Streitkultur in Gang setzen.

Dies ist weder im Osten noch im Westen und auch nicht zwischen den gesellschaftlichen Systemen wirklich gelungen. Die diesbezügliche Überforderung der Akteure war eine wechselseitige, aber die Notwendigkeit einer solchen Streitkultur wurde erstmals öffentlich thematisiert und debattiert. Dies hat dazu beigetragen, die politische Kultur zu verändern, im Osten, in der DDR mehr als im Westen, in der Bundesrepublik. Die vielfältigen Ost-West-Kontakte, die breiten Debatten um „Entspannung“, „Dialog“, „Entfeindung“ und „Perestroika“ hinterließen Spuren. Der alte Diskursrahmen erhielt tiefe Risse. Hinter den offiziellen Bildern und Symbolen wurden in den 80er Jahren z. B. die Feindbilder in der DDR von unten nach oben zurückgedrängt. Der Westen galt selbst für die Staatspartei SED nicht mehr als ein zu besiegender Feind, sondern als politischer Konkurrent und kooperativer Partner. Das war im Vergleich zu den früheren Positionen in Zeiten des kalten Krieges ein beträchtlicher Wandel. Die Funktionen der Feindbilder, Massen zu mobilisieren, Ziele zu begründen, Herrschaft zu legitimieren, trugen 1989 nicht mehr bzw. nur noch partiell und wurden zu einem Moment der Implosion der Herrschaft der SED.

3. Diese Dialogpolitik sollte den Status quo nicht zementieren, sondern gesellschaftlichen Wandel initiieren. Dies nicht durch Einmischung von außen, sondern durch Dialog, Kritik, Öffentlichkeit und friedlichen Wettstreit. Friedensfähigkeit durch Reformfähigkeit war eine der neuen Denkfiguren der Initiatoren des Dialogs auf beiden Seiten.

Eine Ost-West-Ko-Evolution kam freilich nicht zustande. Die konservativen Beharrungskräfte widersetzten sich den aus den Gesellschaften kommenden Veränderungsimpulsen. Die Lernunfähigkeit des politischen Systems in der DDR korrespondierte mit der Lernunwilligkeit der politischen Elite der Bundesrepublik. Der gravierende Unterschied zwischen beiden politischen Ordnungen blieb dennoch evident. Das Dialog-Papier und die praktische Dialogpolitik waren subjektiv nicht gegen die DDR gerichtet, widersprachen aber mit der

Forderung nach gesellschaftlichem Dialog, öffentlicher Kommunikation und demokratischer Willensbildung dem Wahrheitsmonopol der SED als Grundlage ihrer Macht.

Das SPD-SED-Papier kam nicht als „Magna Charta“ einer „DDR-Perestroika“, wie Rolf Schneider damals in einem Spiegel-Essay seine damit verbundene Hoffnung bekundete (Schneider 1987: 174/175), zum Tragen. Aber von diesem Papier gingen vielfältige Impulse aus, die zum demokratischen Umbruch in der DDR und insbesondere zu seinem friedlichen Verlauf beitrugen. Nicht zuletzt stärkte es das kritische, darunter das demokratisch-sozialistische und sozialdemokratische Potenzial in der SED. Es gab zu jener Zeit nicht nur eine Bewegung gegen die Staatspartei, sondern auch eine Bewegung in der Staatspartei, wie u. a. die DDR-Bürgerrechtler Jens Reich, Wolfgang Uhlmann, Friedrich Schorlemmer und Richard Schröder konstatierten (Archiv der sozialen Demokratie, Bonn).

Dieses Dialogprojekt der 80er Jahre ist also in seiner Gesamtheit betrachtet weder gelungen noch misslungen. Es hat jedoch trotz seiner Fehlannahmen, Illusionen (angenommene Stabilität und Reformfähigkeit des Sozialismus) und Inkonsequenzen (Unterschätzung der zivilgesellschaftlichen Akteure und Opposition in der DDR und Mittel-Ost-Europa) mehr zur Öffnung der geschlossenen Ost-West-Strukturen und der staatssozialistischen Systeme beigetragen, als es eine Verweigerung des Dialogs und eine unnachgiebige Haltung des Abstandhaltens vermocht hätten. Seine Folgen für Friedenssicherung und Entspannung, für Ost-West-Verständigung und den Abbau der Feindbilder, für eine öffentliche Thematisierung des gesellschaftlichen Reformbedarfs sollte bei kritischer Prüfung unbestritten sein.

Und welche Erfahrungen vermittelt dieses Dialogprojekt für die Gestaltung einer friedvollen und demokratischen Weltgesellschaft heute?

Dieses Dialogprojekt war ein Produkt des Ost-West-Gegensatzes und des Systemkonflikts der 80er Jahre. Es war ein Produkt der damaligen programmatischen Neuausrichtung, des neuen Denkens. Es ist deshalb ein Zeitdokument und Geschichte geworden. Eine mechanische Übertragung auf die Gegenwart wäre nicht sonderlich hilfreich. Die Unterschiede zwischen dem 20. und 21. Jahrhundert sind gravierend: Ende der Bi-Polarität, neoliberal geprägte Globalisierung, Entstaatlichung, Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt, neue Formen von Fundamentalismus und Terrorismus, neue asymmetrische Kriege. Die Forderung der 80er Jahre – so nach „Gewaltverzicht“, „gemeinsame Sicherheit“ – müssen neu definiert und weiterentwickelt werden. Notwendig ist eine zeitgemäße Philosophie von Sicherheit und Entwicklung, die den neuen Herausforderungen und Bedingungen des 21. Jahrhunderts entspricht.

Und dennoch bilden die Erfahrungen gerade der Dialogpolitik der 80er Jahre ein wichtiges und kritisches Anregungspotenzial für unser heutiges Denken und Handeln, gerade im Kontext von Weltgesellschaft:

- Dialog ist ein entscheidendes, u. U. das entscheidende Mittel und Instrumentarium zur friedlichen Konfliktregulierung. Durch einen verständigungsorientierten Dialog konnte selbst der gefährlichste globale Konflikt des 20. Jahrhunderts – der Ost-West-Konflikt – eingedämmt und letztlich gelöst werden.
- Dialog funktioniert nur, wenn er auf gleicher Augenhöhe und ohne Vorbedingungen geführt wird. Er ist so zu entwickeln, dass Misstrauen und Denkbarrieren ab-, Vertrauen und Lernbereitschaft aufgebaut werden. Dialog trägt Prozesscharakter und braucht deshalb seitens seiner Akteure einen langen Atem.
- Dialog kann, vor allem wenn er als gesellschaftlicher Dialog angelegt ist, sozialen und politischen Wandel bewirken. Das erfordert jedoch, Dialog mit der Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure und mit der Forderung nach Demokratie und Menschenrechten zu verbinden. Der Maßstab für Wandel kann nicht von außen festgelegt werden, sondern ergibt sich aus den inneren gesellschaftlichen Erfordernissen und den gemeinsamen globalen Herausforderungen.
- Gesellschaftliche Zäsuren erfordern eine programmatische Neuausrichtung, nicht zuletzt auf Seiten der demokratischen Linken, und Mut zum Beschreiten von Neuland, zum Experiment.
- Insbesondere in gesellschaftlichen Umbruchsituationen kommt kritischen Intellektuellen eine wichtige Rolle zu bei der Initiierung gesellschaftlicher Diskurse und der Ausarbeitung moderner Politikentwürfe. Im Wechselspiel von intellektueller und praktischer Politik gelang es zum Beispiel in jener Zeit, ein neues Modell kritischer Dialog- und Streitkultur zu entwickeln, das noch heute Aktualität besitzt.

3. Dialog und Transformation als Gestaltung einer zukunftsfähigen Weltgesellschaft im 21. Jahrhundert

Mit der friedlichen Lösung des globalen Systemkonflikts schienen, wie gesagt, die Voraussetzungen für die schrittweise Entwicklung einer friedvollen und demokratischen Weltgesellschaft günstiger.

Die Vertreter der soziologischen Modernisierungstheorie wie auch die der Theorie der Weltgesellschaft sahen nun gar die Zeit gekommen, wo die „Konvergenz“ endgültig über die „Divergenz“ dominieren, die globale „Kommunikation“ zum Scharnier der sich formierenden Weltgesellschaft werde und die „gemeinsamen (westlichen) Werte und Normen“ sich

weltweit institutionalisieren und zur „normativen Grundlage“ einer einheitlichen Weltgesellschaft würden.

Die Rede war vom „weltweiten Triumph der liberalen Demokratie“ und vom „Ende der großen gesellschaftlichen Entwicklungsalternativen“ (Bell 1989).

Die „neue Leitorientierung“ lautete „Ende der Geschichte“ (Fukujama 1993).

Knapp zwei Jahrzehnte später sieht die Welt jedoch anders aus. Die Chancen, die sich mit der Epochenäsur und dem Ende des „Zeitalters der Extreme“ (Hobsbawm 1998) ergaben, wurden nicht genutzt, ja sogar verspielt.

Zum Ausgangspunkt des Ringens um eine neue, zivile und demokratische Weltgesellschaft wurde nicht das auch von der Sozialdemokratie in den 70er und 80er Jahren des 20.

Jahrhunderts mit entwickelte Konzept gemeinsamer Sicherheit und Rüstungskontrolle, politischen Dialogs und Zusammenarbeit sowie friedlicher Konfliktregulierung. Vielmehr wurde das Modell des Gleichgewichts des Schreckens, der Politik militärischer Stärke, des Strebens nach globaler Hegemonie in der Welt, wie es vor allem einflussreiche Kreise in den USA präferierten, fortgeführt und zur Grundlage des Strebens nach einer einseitig

dominierten Weltordnung. Die Folgen sind allenthalben spürbar: Die Differenzen und Spaltungen in der globalisierten Welt nehmen zu, die Sozialität der Weltgesellschaft schwindet weiter, die Risiken und Gefährdungen der menschlichen Zivilisation häufen sich.

Die Ursachen dieser Entwicklung nach 1989/90 sind vielgestaltig. Doch lagen sie bereits im spezifischen Wahrnehmungs- und Deutungsmuster dieser Epochenäsur durch die nun einseitig dominierenden staatlich-politischen Akteure begründet. Das eine, östliche System – wirtschaftlich abgehängt, politisch gescheitert, ideologisch ausgezehrt – implodierte. Das andere, westliche System, sah sich als Sieger einer Jahrzehnte langen Auseinandersetzung.

Die neuen Leitbilder waren – genau betrachtet – die alten. Kritisches Denken wurde erst einmal in Ost und West verdrängt. Die Linke zumal geriet völlig in die Defensive. Das betraf gerade auch die Sozialdemokratie, die viel zur Entspannung in Europa beigetragen hatte, aber kein strategisches Konzept für die Zeit nach dem Epochenbruch 1989/90 besaß.

Die Implosion der staatssozialistischen Industriegesellschaften wurde im Westen nicht als Warnsignal für die Reformierung der eigenen, kapitalistischen Industriegesellschaften gedeutet. Im Gegenteil. Als Antwort auf die seit den 70er Jahren sich abzeichnende Krise des Fordismus und den Wegfall der Systemkonkurrenz kam es zur globalen Offensive des Marktliberalismus. Weltökonomie, nicht Weltgesellschaft wurde zum Schlüsselbegriff.

Der Dialog und die schrittweise Überwindung des Freund-Feind Schemas in der Politik haben sich nach 1989/90 weder als Mittel innergesellschaftlicher Selbstverständigung noch als

dominantes Mittel gemeinsamer Konfliktbearbeitung auf internationaler Ebene durchzusetzen vermocht. Vielmehr nimmt die Militarisierung des Denkens wieder zu. Fundamentalismus und Terrorismus gewinnen weltweit immer mehr an Boden. Alte und neue Feindbilder werden massenweise produziert. Von der gemeinsamen Suche nach friedensfähigen Ideologien ist kaum noch die Rede. Die dialogischen Formen der Konfliktregulierung werden zugunsten militärischer Formen verdrängt.

Die ungelösten Probleme der Vergangenheit korrespondieren mit globalen Herausforderungen neuer Art. Zusammen bilden sie ein Knäuel von Konflikten und Gefahren, die den Weg zu einer friedlichen und demokratischen Weltgesellschaft wieder mehr blockieren denn öffnen. *Erstens* hat die Krieg-Friedens-Frage eine neue Dimension erlangt. Herkömmliche und neue Kriege, darunter völkerrechtswidrige Präventivkriege, prägen das Bild unserer Zeit. Zugleich zieht ein neues Atomzeitalter heran (Bahr u. a. 2007). Die Rüstungsspirale dreht sich immer weiter. Die Rüstungsausgaben lagen im Jahr 2006 bei 1,204 Billionen Dollar (USA allein 528 Milliarden Dollar) und erreichten damit einen Stand wie im kalten Krieg. Eine ernsthafte Rüstungskontrolle ist nicht in Sicht.

Zweitens hat sich der Klimawandel – wie auch der Umweltbericht der UN aus dem Jahre 2007 nachdrücklich hervorhebt – zu einer Klimakrise zugespitzt, die, sofern nicht in den nächsten zehn Jahren grundlegend gegengesteuert wird, irreversible Schäden für Mensch und Natur, Wirtschaft und Gesellschaft hervorbringen wird.

Drittens haben die sozialen Verwerfungen und sozialen Spaltungen in der Welt dramatisch zugenommen. Im Zuge der Globalisierung wurden seit den 70er Jahren die Märkte rabiat für Kapital und Waren geöffnet. Sozialrechte und Umweltstandards wurden hingegen bislang nicht global verbreitet. In einer Welt, die so reich ist wie nie zuvor, verbreitet und verfestigt sich die Armut. Fast die Hälfte aller Bewohner/innen des Südens, ca. 2,6 Mrd. Menschen, leben nach Weltbank-Angaben von weniger als 2 US-Dollar pro Tag und beinahe ein Fünftel, ca. 985 Mio. Menschen, gar von weniger als 1 Dollar pro Tag.

Die Welt ist – entgegen allen Hoffnungen – heute sozial zerklüfteter, unübersichtlicher und gefährvoller geworden. Die Aufgabe, eine friedvolle und demokratische Weltgesellschaft zu gestalten, *wird zur größten Herausforderung des 21. Jahrhunderts.*

Das erfordert zum einen einen *neuen Dialog* und zum anderen eine *neue gesellschaftliche Transformation.*

Wie immer man die Dinge in der Welt betrachtet: Der Dialog gewinnt im 21. Jahrhundert eine neue und umfassendere Bedeutung: für das Zusammenleben der Menschen, für die

Beziehungen zwischen den Nationalstaaten und vor allem für die Gestaltung der Weltgesellschaft.

Globalisierung der Weltgesellschaft ist nicht nur die reale Intensivierung ökonomischer und politischer Verflechtungen, wobei die ökonomischen bis heute eindeutig dominieren. Das Neue der Globalisierung der Weltgesellschaft besteht jedoch gerade auch in der Erfahrung, dass die Außenwelt Innenwelt wird und die unterschiedlichen Räume gleichzeitig und wechselseitig an jedem Ort der Welt sichtbar und wahrgenommen werden.

Weltgesellschaftliche Ereignisse finden in diesem Sinne überall und an jedem Ort statt. Und – weltpolitische Ereignisse treten durch ihre Repräsentanten permanent als Ansprache, Gespräch, Kommunikation, Dialog in Erscheinung (vgl. Nassehi 2006: 37 f.). Dialog in der Weltgesellschaft ist mithin eine komplexe empirische Realität. Dieser *stattfindende* Dialog ist geradezu ein Beleg dafür, dass wir in einer Weltgesellschaft leben.

Weltgesellschaftliche Herausforderungen und Konflikte *erfordern* Dialog – das meint normativ, dass Dialog in dem Sinne zu entwickeln und zu führen ist, dass er beiträgt, die existierenden Konflikte zu zivilisieren und zu regulieren, den politischen Raum zu verändern, neue Formen des Zusammenlebens der Menschen zu finden.

Die Konflikte in der Zeit der bipolaren Weltordnung reduzierten sich im Wesentlichen auf zwei Konfliktgegner – Kommunismus versus Kapitalismus – und zwei entgegen gesetzte Ideologien. Die Konflikte und Konfliktmotive in der heutigen Weltordnung sind breiter, unübersichtlicher und mit verschiedenartigen Nationen, Kulturen, Religionen, Ethnien verbunden und doch zugleich auch sozioökonomisch, soziopolitisch und machtpolitisch begründet (Foroutan 2006: 18 f.). Die Anforderungen an eine Politik und Kultur des Dialogs sind unter diesen Bedingungen beträchtlich. Doch gerade heute gilt: zum Dialog als Mittel der Konfliktregulierung, der Verständigung und Versöhnung gibt es keine vernünftige Alternative. Notwendig sind in der Weltgesellschaft von heute unterschiedliche Ebenen und vielfältige Formen des Dialogs – staatlich-politische, zivilgesellschaftliche, wirtschaftliche, wissenschaftliche, kulturelle, religiöse. Am Dialog müssen deshalb heute die Akteure der verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche beteiligt sein. Aber auch heute wird Dialog nur funktionieren, wenn er als gleichberechtigter Dialog geführt wird und auf konsensuale Einigung orientiert ist.

In einer Zeit, wo die klassischen militärischen Muster der Sicherheitspolitik vor aller Augen versagen, wird der Dialog zu einem entscheidenden Mittel aktiver Sicherheitspolitik.

Und dies obgleich sich, wie gesagt, die Bedingungen der Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert grundlegend gewandelt haben und vieles neu zu beantworten ist. Denn, und das zeigen bereits die bisherigen praktischen Erfahrungen des begonnenen neuen Jahrhunderts,

- ohne Entmilitarisierung des Denkens und ohne Entfeindung der globalen Konfliktstrukturen,
- ohne Abbau von Misstrauen, ohne schrittweise Überwindung des Freund-Freind-, Gut-Böse-Denkens und ohne Ausbau von wechselseitigem Vertrauen,
- ohne ernsthaften, gleichberechtigten Dialog, der vom Stärkeren ausgehen sollte,
- ohne die Verbindung von Dialog mit gesellschaftlichem Wandel im Sinne der Förderung von Öffentlichkeit, Demokratie und Menschenrechte

sind die Konflikte des 21. Jahrhunderts nicht dauerhaft regulierbar und ein gerechter Frieden nicht erreichbar.

Dialog ist gerade dort am nötigsten, wo er unmöglich scheint – auch und gerade heute. Das gilt für den Nahen Osten, für Iran, Nordkorea, den Kaukasus, Zentralasiens, aber auch für Afghanistan und Irak. So unterschiedlich und verschiedenartig die Instrumente zur Konfliktbeilegung im Einzelnen hier auch sein mögen und sein müssen, ohne Dialog und Zusammenarbeit werden sie für sich genommen ihr Ziel verfehlen. Oder anders formuliert: Erst wenn der konfrontative Kurs durch einen dialogischen Kurs in der Politik ersetzt wird, bestehen reale Chancen der Krisenprävention, der Friedensschaffung und Friedenskonsolidierung.

Generell gilt: Stabile internationale Sicherheit ist im 21. Jahrhundert letztlich nur noch auf nichtmilitärischem Wege, durch Dialog und gemeinsame, solidarische Entwicklung erreichbar. Internationale Sicherheit, Dialog und gesellschaftliche Transformation bedingen sich im 21. Jahrhundert, der Schnittstelle zweier Epochen, wechselseitig. Europa, namentlich eine starke und einflussreiche EU, die viel zu Frieden und sozialen Fortschritt auf dem europäischen Kontinent beigetragen hat, sollte hierbei eine neue internationale Verantwortung übernehmen.

Die demokratische Linke steht auch in der Frage gesellschaftlichen Dialogs und gesellschaftlicher Diskurse vor neuen Herausforderungen. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche, die mit Verunsicherung und Verlust von (gewohnter) Lebensperspektive der Menschen einhergehen, sind gesellschaftliche Diskurse, realistische Zukunftsdebatten notwendig. Die Linke sollte letztlich wie einst treibende Kraft sein bei der Initiierung gesellschaftlicher Debatten. Statt alleiniger Standortdebatte muss es ihr um eine konkrete und für die Menschen nachvollziehbare Gesellschafts- und Lebensortdebatte gehen: „In welcher Gesellschaft leben wir?“ und „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ Und „Wie schaffen

wir eine friedliche, sozial gerechte und umweltverträgliche Weltgesellschaft?“. Gesellschaft ist hierbei nicht als ökonomischer Determinationsprozess, sondern als Feld menschlicher Handlungen und Entscheidungen zu verstehen.

Nur wenn es der demokratischen Linken als Teil breiter gesellschaftlicher Koalitionen gelingt, den öffentlichen Raum als Zentrum der Gesellschaft wieder mitzubestimmen, sind kollektive Lernprozesse als Voraussetzung gesellschaftlicher Wandlungen möglich. Hier liegt auch die Verantwortung kritischer Intellektueller als „kreatives Störpotenzial“ (Schumpeter) in der Gesellschaft. Gesellschaft und Zukunft sollten auch in der Bundesrepublik nicht mehr länger als Reflexionsobjekt ausgespart bleiben, sondern wieder Gegenstand kritischen sozialwissenschaftlichen Denkens und sozial-wissenschaftlicher Debatten werden. Dies umso mehr, als der neoliberal geprägte Mainstream seit langem wieder Gesellschafts- und Zukunftsdebatten führt und dominiert.

Ein breiter gesellschaftlicher Dialog ist auch Voraussetzung dafür, das Handeln individueller und kollektiver Akteure zu aktivieren sowie ihre nationale und globale Vernetzung voran zu bringen. Gerade die Herausbildung national-staatlicher und globaler Zivilgesellschaften, ohne die eine Weltgesellschaft nicht denkbar ist, erfordert mehr denn je die Diskussion und Verständigung von unten. Deshalb ist das traditionelle Dialogverständnis weiter zu entwickeln und jegliche etatistische sowie national-staatliche Einengung zu überwinden. Die Linke wird ihrer Verantwortung aber nur gerecht werden können, wenn sie selbst diese Kultur des Dialogs ihr eigen nennen kann. Davon ist sie jedoch oft noch weit entfernt.

Die weltgesellschaftlichen Herausforderungen und Konflikte erfordern neben Dialog vor allem aber eine *gesellschaftliche Transformation*. Mehr noch: Nach der Herausbildung der Moderne steht diese vor der zweiten, großen Transformation, um ihr uneingelöstes weltweites Versprechen doch noch in Angriff zu nehmen.

Wieder einmal steht deshalb auch die demokratische Linke vor einer programmatischen Neuausrichtung.

Ein Masterplan zur Gestaltung der Weltgesellschaft im 21. Jahrhundert liegt hierbei nicht vor und kann nicht vorliegen. Es geht vielmehr um einen gemeinsamen, pluralen Such- und Lernprozess der unterschiedlichen Akteure, in dem nicht das „Ende der Geschichte“ sondern „Zukunftsfähige Weltgesellschaft“ die neue Leitorientierung bilden sollte.

Wandel ist dabei nicht mehr wie in der Zeit der bipolaren Spaltung der Welt primär als Wandel des Anderen (Systems, Modells, Lebensweise), sondern als Wandel des Eigenen zu verstehen. Hierbei wird der Wandel entsprechend der Vielfalt der globalen Weltgesellschaft in den verschiedenen Regionen und Ländern unterschiedlichste Formen annehmen. Die Idee

einer unilinearen Entwicklung, die von einem Akteur verkörpert wird, ist endgültig passé. Ebenso die Vorstellung von Fortschritt, der sich wie auf einer Zeitachse linear entwickle und wo die „rückständigen“ Gesellschaften den „fortgeschrittenen“ früher oder später folgen. Alternative Entwicklungspfade bilden in „Einer Welt“ künftig nicht mehr die Ausnahme, sondern eher die Regel. Vorbei ist also die Zeit, wo man glaubte, die Welt nach einem („westlichen“, „östlichen“) Modell formen zu können. Das Neue besteht heute darin, dass die westliche Moderne mit ihrem Wertesystem sich nicht mehr universalistisch betrachten kann. Heute koexistieren vielfältige Modernitäten, die keinen kulturellen Hegemonieanspruch mehr zulassen. Notwendig ist vielmehr die Akzeptanz der kulturellen Differenz (Der Spiegel, Nr. 46, 2007: 189). Der Wandel der westlichen Moderne wird nun, nachdem sein industrielles Wachstums- und Wohlstandsmodell seit den 70er Jahren selbst in die Krise geraten ist, zur Voraussetzung des globalen Wandels.

Die typische Form von „Wandel“ im 21. Jahrhundert wird deshalb offensichtlich die der *„Gesellschaftstransformation“* sein, d. h. Wandel überholter gesellschaftlicher Strukturen und *Schaffung zukunftsfähiger wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungsmodelle.*

Notwendig ist deshalb ein neues Transformations- und Fortschrittskonzept, ein neues Paradigma sozialen Wandels, denn das klassische entspricht nicht mehr den neuen Gegebenheiten. Mit den bisherigen Leitideen von „fortschreitender“ und „nachholender Modernisierung“, „Systemischer Differenzierung und Inklusion“, von „Konvergenz“ und „Divergenz“ sind die sich vollziehenden bzw. sich abzeichnenden tief greifenden Wandlungs- und Umbruchprozesse nicht mehr erklär- und bearbeitbar. Notwendig ist – in Abgrenzung von der klassischen Modernisierungs- und Revolutionstheorie – die Entwicklung einer modernen Transformationstheorie, die sich vom Konzept linearer Entwicklungsdynamik ebenso verabschiedet wie von einer einseitigen Krisenperspektive und das Neue des sozialen und politischen Wandels im globalen Maßstab in den Blick nimmt. Ohne diese ist m. E. auch das Konzept einer Weltgesellschaft nicht theoretisch zu begründen und politisch zu gestalten. Denn eine soziale und demokratische Weltgesellschaft ist weder die Folge weltweiter Modernisierung noch von gewaltsamen politischen Revolutionen, sondern das Resultat der Transformation der bestehenden, „ungeordneten“ globalisierten Welt in eine zukünftige Welt, die von einem neuen „Weltordnungsmodell“ (Stiftung Entwicklung und Frieden 2006: 233) geprägt ist. Dieses Weltordnungsmodell kann heute nur ein normatives Modell sein, das aber von der Realität der globalen kapitalistischen Welt, deren spezifischen Strukturen und typischen Ungleichheiten ausgeht. Dieses Konzept der Weltgesellschaft ist in theoretischer und strategischer Hinsicht erst noch zu entwickeln, nicht zuletzt in Verallgemeinerung der

Vielfalt praktischer Erfahrungen und Kämpfe. Es wird jedoch auf einem neuen Entwicklungsmodell basieren müssen, das internationale Sicherheit, nachhaltige Entwicklung, Solidarität und globale Gerechtigkeit miteinander verbindet und allen Menschen schrittweise ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben garantiert.

Weltgesellschaft wird aus den genannten Gründen in meiner Perspektive als Bestandteil einer „Zweiten Großen Transformation“ verstanden. Die Herausbildung der Moderne nach der Großen Französischen Revolution und die Entstehung des kapitalistischen Marktes, der sich letztlich Mensch und Natur unterordnete, bildeten den Inhalt der ersten „Großen Transformation“ (Polanyi 1944/1978). In einer zweiten „Großen Transformation“ geht es nun darum, den globalen Markt wieder den Bedürfnissen von Mensch und Natur unterzuordnen und einen sozial und ökologisch geprägten Entwicklungspfad zu beschreiten. Dass dies heute noch Vision, denn wahrnehmbare Realität ist, spüren die Menschen weltweit täglich. Eine solche Transformation erfordert zuerst und vor allem die Wiedergewinnung des Vorrangs politischer Verantwortung und Entscheidung vor der Logik der (Finanz-)Märkte.

Transformation als politisches Projekt ist dann mit dem Anspruch konfrontiert, die globalen Trends zu analysieren und zu bestimmen und die Zusammenhänge zwischen dieser heutigen globalisierten Welt und einer zukünftigen, die durch ein soziales und demokratisches Entwicklungsmodell geprägt ist, aufzuzeigen. Heute dominieren in der Analyse und Beschreibung dieser Transformation eher noch die Leerstellen.

Einige notwendige Baustellen des Übergangs zu einem neuen Entwicklungs- und Gesellschaftsmodell sind dennoch bereits deutlicher zu definieren. Wesentliche Aussagen, die allerdings kontrovers diskutiert werden, beziehen sich gegenwärtig auf das Konzept der „Global Governance“, d. h. auf institutionelle Mittel und Wege zur kooperativen Bearbeitung von Weltproblemen und der politischen Gestaltung der Globalisierung (Stiftung Entwicklung und Frieden 2006: 18). Und auf die Prozesse der „Zivilisierung der internationalen Beziehungen“, die zur Vereinbarung von „Weltordnungen“ in verschiedenen Politikbereichen führen: Welthandelsordnung, Weltumweltordnung, Weltsozialordnung, Weltfriedensordnung usw. (ebenda: 219).

Weltgesellschaft ist jedoch nicht als Summe allein verschiedener Ordnungen zu verstehen, wie sie andererseits nicht ohne solche Ordnungen, d. h. nicht ohne neue Institutionen, Regeln, Normen entstehen kann. Gerade soziale, ökologische, demokratische Rechte für alle Menschen, gleich wo sie leben, werden zu einem Dreh- und Angelpunkt auf dem Weg zu einer sozialen und demokratischen Weltgesellschaft. Solche neuen Regeln eines weltgesellschaftlichen Zusammenlebens entstehen in Keimformen heute bereits in sozialen

Bewegungen, Netzwerken und Kampagnen und können künftig zu veränderten oder auch neuen Institutionen führen. Gestaltung der Weltgesellschaft erfordert vor allem, dass die Stimme der Betroffenen dabei Gehör findet und die gesellschaftlichen Akteure und Bewegungen daran unmittelbar beteiligt werden. Der Weg zur neuen Weltgesellschaft ist vor allem ein Weg konsequenter Demokratisierung. Ohne eine Veränderung der globalen Machtstrukturen ist dies freilich nicht erreichbar – und andererseits ist Demokratisierung der Weg zur Veränderung der heutigen, neoliberal geprägten Machtstrukturen.

Der Ausgang einer solchen „Großen Transformation“ hin zu einer sozialen und demokratischen Weltgesellschaft bleibt dennoch ungewiss. Denn auch diese Transformation ist kein Naturprozess, sondern abhängig vom Handeln und den Entscheidungen der widerstreitenden Akteure. Heute konkurrieren bekanntlich unterschiedliche, ja kontroverse Gesellschaftsmodelle in der „Einen Welt“: neoliberale, konservative, national-autoritäre, sozialdemokratische, sozialistische. Gleichwohl hat die Herausbildung einer neuen, sozial, ökologisch und demokratisch geprägten Weltgesellschaft im 21. Jahrhundert reale Chancen, nachdem der global dominierende Neoliberalismus selbst in die Krise geraten ist, die weltpolitische Vormachtstellung der USA erodiert, weltweit soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen sich im Aufwind befinden und auch etablierte staatlich-politische Akteure sich im eigenen Interesse für eine Demokratisierung der Globalisierung aussprechen.

Viel wird auch davon abhängen, ob die demokratische Linke in dieser Situation in der Lage sein wird, im breiten gesellschaftlichen Bündnis ein zukunftsfähiges Entwicklungsmodell zu entwerfen und dafür um Zustimmung im nationalen, europäischen und globalen Rahmen zu werben. „Weltgesellschaft“ kann hierbei zum positiven Leitbild der Linken im 21. Jahrhundert werden, wenn sie es sozial, ökologisch und demokratisch ausfüllt und damit die Lebenswelt der Menschen jeweils konkret vor Ort trifft.

Literaturverzeichnis

Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Briefe von DDR-Bürgerrechtlern aus den Jahren 1991 und 1992 an den ehemaligen SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel mit einer Stellungnahme zum SPD-SED-Dialog und seinen Folgen für die oppositionellen Kräfte in der DDR, Bonn.

Bahr, Egon/Walter Stütze/Hans J. Gießmann, Zur Friedenspolitik Europas im 21. Jahrhundert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09. August 2007.

Bell, Daniel, Beitrag in: Die Zeit, 19. Dezember 1989.

Bericht der Nord-Süd-Kommission (Brandt-Bericht), Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer, Köln 1980.

Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, Berlin/Bonn 1987.

Foroutan, Naika, Kulturdialoge in der politischen Anwendung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 28-29, 2006, S. 17–25.

Fukuyama, Francis, Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München 1993.

Hobsbawm, Eric, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1998.

Kant, Immanuel (1784), Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?, in: Werke, hg. Von Wilhelm v. Weischedel, Bd. 9, Darmstadt 1975, S. 51–61.

Luhmann, Niklas, Die Gesellschaft der Gesellschaft, Bd. 1-2, Frankfurt/M. 1997.

Nassehi, Armin, Dialog der Kulturen – wer spricht?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 28–29, 2006, S. 33–38.

Polanyi, Karl, The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt/M. 1978.

Raus aus dem Tunnel. Der Historiker Sebastian Conrad will die nationalstaatliche Perspektive überwinden, in: Der Spiegel, Nr. 46, 2007, S. 188/189.

Reißig, Rolf, Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED. Mit einem Nachwort von Erhard Eppler, Frankfurt/M. 2002.

Reißig, Rolf, Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft, Berlin 2000.

Schnappertz, Jürgen, Dialog als unendliche Geschichte oder als Lernprozess? Über die Ambivalenzen des SED/SPD-Papiers, in: Deutschland Archiv, H. 1., 1988, S. 47–51.

Schneider, Rolf, Perestroika in der DDR, in: Der Spiegel, Nr. 41, 1987, S. 174–175.

Stichweh, Rudolf, Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen, Frankfurt/M. 2000.

Stiftung für Entwicklung und Frieden, Global Governance für Entwicklung und Frieden. Perspektiven nach einem Jahrzehnt, Bonn 2002.

Wallerstein, Immanuel, The Capitalist World-Economy (Essays), Cambridge 1979.

Wallerstein, Immanuel, Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien 2002.

Zeitschrift für Soziologie. Sonderheft „Weltgesellschaft“, Stuttgart 2005.